

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Ewald Walterskirchen

Privater Konsum wird dank Steuerentlastung und Nachlassen der Inflation zur Wachstumsstütze

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2012

Das Bruttoinlandsprodukt wird in Österreich von 2008 bis 2012 real um durchschnittlich 2,3% pro Jahr zunehmen. Wegen der internationalen Konjunkturabschwächung fällt das Wachstum damit etwas geringer aus als in den letzten fünf Jahren. Der Vorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums bleibt jedoch erhalten. Im Jahr 2010 wird die Steuerreform dem privaten Konsum positive Impulse geben. Ab 2010 ist im Euro-Raum mit einer Beschleunigung des mittelfristigen Wachstums zu rechnen. Die österreichische Wirtschaft wird davon dank ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit profitieren.

Begutachtung: Karl Aiginger, Markus Marterbauer • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Josef.Baumgartner@wifo.ac.at, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft wird bis 2012 mit +2,3% pro Jahr schwächer expandieren als bisher erwartet. Die reale BIP-Steigerung fällt auch etwas geringer aus als in der Periode 2002 bis 2007 (+2,4% p. a.). Die Wachstumsprognose für die Jahre 2008 und 2009 entspricht der WIFO-Prognose vom März 2008, die bereits die dämpfenden Effekte der Immobilien- und Finanzkrise in den USA berücksichtigt. Für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

Die aktuelle Abschwächung der Konjunktur in den USA wird in der zweiten Jahreshälfte 2008 und im Jahr 2009 auf den Euro-Raum ausstrahlen. Dieser Abwärtstendenz wirken jedoch die Expansionschancen in den neuen EU-Ländern entgegen. Ab 2010 ist mit einer Erholung der Konjunktur im Euro-Raum zu rechnen. Aufgrund ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit werden die heimischen Exportunternehmen davon besonders profitieren. Sie sind in den neuen EU-Ländern und in Südosteuropa besonders gut positioniert und im Euro-Raum durch die vorteilhafte Entwicklung der Lohnstückkosten in der Sachgüterproduktion begünstigt.

Derzeit plant die Bundesregierung für das Jahr 2010 eine Steuerreform. In der vorliegenden mittelfristigen Prognose wird eine Entlastung der verfügbaren Einkommen um insgesamt 3 Mrd. € angenommen. Über eine Stärkung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird der private Konsum gestärkt. Insgesamt wird dadurch das Bruttoinlandsprodukt 2010 um gut ½ Prozentpunkt und im Zeitraum 2010 bis 2012 um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr stärker wachsen. Genauere Berechnungen sind erst möglich, wenn die Maßnahmen der Steuerreform im Detail bekannt sind.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird zunächst schwach bleiben. Sobald die Belebung von Exportdynamik und privatem Konsum die Kapazitätsauslastung steigen lässt, werden die Investitionen jedoch wieder stärker expandieren (+2% bis +3% pro Jahr). Die Bauwirtschaft wird nicht mehr so hohe Wachstumsraten erzielen wie in den letzten fünf Jahren, als der Tiefbau dank der umfangreichen Investitionen in den Straßen- und Schienenbau rasch expandierte. Im Wohnbau ist eine Erholung zu erwarten. Die rege Immigration und die zunehmende Knappheit an Wohnungen werden diese Entwicklung akzentuieren.

Das Wachstum des privaten Konsums wird sich dank der geplanten Steuerreform beschleunigen. Angesichts hoher Energiepreise dürfte der Pkw-Absatz aber schwä-

cher expandieren. Die Nettoealeinkommen werden pro Kopf – mit Ausnahme des Jahres 2010 – mäßig steigen, die Ausweitung der Beschäftigung wird jedoch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stärken. Es wird unterstellt, dass die Sparquote der privaten Haushalte – nach dem deutlichen Anstieg der letzten Jahre infolge der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, der Pensionsreform u. Ä. – bedingt durch die Steuerreform auch 2010 noch steigen, danach aber merklich zurückgehen wird; diese Prognose ist jedoch mit relativ großer Unsicherheit behaftet, da sie eine Stabilisierung des Konsumentenvertrauens impliziert.

Die Wachstumsdynamik wird eine Ausweitung der Beschäftigung mit sich bringen, die mit +1% pro Jahr etwa jener der letzten fünf Jahre entsprechen wird. Der freie Zustrom von Fachkräften aus den neuen EU-Ländern ab dem Jahr 2009 und das Ende der Übergangsfristen im Jahr 2011 werden die Pendler- und Zuwanderungsströme erhöhen. Die Zuwanderung ist schwierig zu prognostizieren und könnte auch stärker ausfallen als in der Prognose angenommen. Obwohl neben dem ausländischen Arbeitskräfteangebot auch das inländische steigt, wird die Arbeitslosenquote ab dem Jahr 2010 durch den Wachstumsimpuls der Steuersenkung auf 5,9% im Jahr 2012 zurückgehen. In der Prognoseperiode wird sie durchschnittlich 6,0% betragen (laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode). Das impliziert noch erhebliche Beschäftigungsreserven im Bereich geringer Qualifikationen und ungünstige WiederEinstellungschancen für (geringqualifizierte) Ältere.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 1997/ 2002	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3
Nominell	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,8	+ 4,8	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 3,9
Verbraucherpreise	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf ¹⁾	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0
	Ø 1998/ 2002	Ø 2003/ 2007	Ø 2008/ 2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,0	4,7	4,1	4,4	4,2	4,3	4,2	4,0	3,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,5	6,9	6,0	6,2	5,9	6,2	6,1	5,9	5,9
	In % des BIP								
Außenbeitrag	2,3	5,0	6,4	6,8	6,7	6,6	6,3	6,2	6,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,4	- 1,7	- 0,6	- 0,5	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,4	- 0,1
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	9,4	9,7	10,3	10,1	9,8	10,1	9,4	9,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Die starke Verteuerung von Nahrungsmitteln und Energie im Jahr 2008 schlägt sich in einer höheren Inflationsrate und höheren Lohnforderungen nieder. Im Prognosezeitraum 2008 bis 2012 werden die Pro-Kopf-Einkommen nominell um knapp 3% pro Jahr steigen – nach +2,3% in den fünf Jahren davor. Bezüglich der Rohölpreise wird ein mäßiger Anstieg von 95 \$ je Fass (2008) auf 104 \$ im Jahr 2012 unterstellt. Unter diesen Annahmen wird sich der Preisauftrieb in den kommenden Jahren allmählich beruhigen. Die Inflationsrate wird im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 bei 2¼% liegen.

Die Steuerreform im Jahr 2010 wird das Budgetdefizit auf knapp 1% des BIP steigen lassen. Dabei ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad (durch Steigerung der Steuereinnahmen aufgrund der größeren wirtschaftlichen Dynamik) von etwa einem Drittel bis zum Ende des Prognosehorizonts. Nach dem Abklingen der Effekte der Steuerreform wird das Budgetdefizit kontinuierlich abnehmen. Die mittelfristige Entwicklung

der öffentlichen Haushalte lässt sich jedoch nicht genau schätzen, da keine Budgetvoranschläge vorliegen und die Steuerreform noch nicht im Detail ausgearbeitet ist. Für die vorliegende Prognose wird weiters angenommen, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen im Bereich von Forschung, Bildung und Infrastruktur die mittel- und langfristigen Wachstumsaussichten Österreichs verbessern werden. Mögliche Belastungen für den privaten oder öffentlichen Sektor, die daraus resultieren würden, dass die Ziele des Kyoto-Protokolls nicht erreicht werden, wurden in der Prognose nicht berücksichtigt.

Das reale BIP wuchs in Österreich in den Jahren 2003 bis 2007 deutlich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raums (+0,5 Prozentpunkte). Mehrere Faktoren sprechen dafür, dass der Vorsprung auch in den Jahren 2008 bis 2012 dieses Ausmaß erreicht:

- Die österreichischen Unternehmen sind in den rasch wachsenden Volkswirtschaften der neuen EU-Länder in Ost-Mitteleuropa sowie der EU-Beitrittsländer in Südosteuropa besonders gut positioniert (FIW, 2007).
- Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, gemessen an den Lohnstückkosten, hat sich in den letzten zehn Jahren stark verbessert (Guger – Leoni, 2007). Diese Entwicklung wird sich fortsetzen und die Exportwirtschaft stärken.
- Die Steuerreform wird dem privaten Konsum positive Impulse geben. In den öffentlichen Haushalten einiger großer europäischer Länder (Frankreich, Italien) besteht dagegen hoher Konsolidierungsbedarf.
- Die seit Jahren verzeichnete Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsquote in Österreich sollte sich mittelfristig positiv auf die Wirtschaft auswirken. Das Ziel, die Forschungsquote bis 2010 auf 3% des BIP zu erhöhen, ist greifbar nahe.
- Die schwache Performance Deutschlands zog die österreichische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren in Mitleidenschaft. Die verbesserten Wachstumsaussichten in Deutschland sollten sich auf die österreichische Wirtschaft – insbesondere auch auf den Tourismus – günstig auswirken.
- In einigen Ländern des Euro-Raums (vor allem Spanien und Irland) war das Wirtschaftswachstum bis Mitte 2007 auch vom Immobilienpreisboom beflügelt. In den kommenden Jahren dürfte ein Anstieg der Sparquote die Nachfrage der privaten Haushalte und die Bauinvestitionen dämpfen.
- In Großbritannien und Skandinavien wirkte sich das hohe Wirtschaftswachstum der USA in den letzten zehn Jahren wegen der engeren Außenhandelsverflechtung besonders positiv aus. In den nächsten Jahren fehlt dieser Effekt.
- Das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren weiter kräftig steigen. Das unterstützt die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung hauptsächlich in Branchen mit Arbeitskräftemangel, vermindert aber gleichzeitig die Chancen auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit von weniger Qualifizierten.
- Die Arbeitsmarktreformen, auf die sich die Sozialpartner in letzter Zeit geeinigt haben, erhöhen die Flexibilität auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, das Modell der sozialen Absicherung bleibt jedoch (weitgehend) erhalten ("Flexicurity"). Mittelfristig sollte sich das positiv auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken.
- Die bildungspolitischen Anstrengungen der letzten Jahre – insbesondere der Ausbau der Fachhochschulen – werden der österreichischen Wirtschaft in den kommenden Jahren weitere positive Impulse geben und das Angebot an (insbesondere technischen) Fachkräften erhöhen.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2009 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom März 2008 auf (Marterbauer, 2008). Die mittelfristigen Berechnungen wurden mit dem WIFO-Makromodell erstellt (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005) und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schulmeister (2008, in diesem Heft). An dieser Stelle sollen

Wachstum über dem Durchschnitt des Euro-Raums

Ungünstigere internationale Rahmenbedingungen

die für die Österreich-Prognose wichtigsten internationalen Entwicklungen daher nur kurz umrissen werden.

In den Jahren 2008 und 2009 wird die Eintrübung der Konjunktur in den USA auf den Euro-Raum ausstrahlen. Danach wird sich die Wirtschaft in den USA erholen. Im gesamten Prognosezeitraum 2008/2012 ist für den Euro-Raum mit etwa gleich hohen Wachstumsraten wie in den letzten fünf Jahren zu rechnen (fast +2%). Die Wirtschaft der OECD-Länder wird dagegen – vor allem infolge der Wachstumsabschwächung in den USA – um ½ Prozentpunkt pro Jahr schwächer expandieren als in den vergangenen fünf Jahren.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1997/2002	Ø 2002/2007 Jährliche Veränderung in %	Ø 2007/2012
Bruttoinlandsprodukt, real			
Euro-Raum	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,8
23 OECD-Länder ¹⁾	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,9
	Ø 1998/2002	Ø 2003/2007 Dollar je ECU bzw. Euro	Ø 2008/2012
Wechselkurs	0,99	1,25	1,60
		\$ je Barrel	
Erdölpreis, Brent	21,7	51,8	99,3

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.

Deutschland, der wichtigste Handelspartner Österreichs, scheint die hohen Kosten der deutschen Wiedervereinigung weitgehend bewältigt zu haben; nun zeichnet sich eine positive Wende ab. In den kommenden Jahren wird die Wachstumsdynamik in Deutschland nur noch wenig hinter dem Durchschnitt des Euro-Raums zurückbleiben. Die Schwächen im Bereich der Zukunftsinvestitionen sind allerdings noch nicht überwunden.

Positive Impulse erhält die österreichische Wirtschaft aus den neuen EU-Ländern in Ost-Mitteleuropa (Breuss, 2006). Die EU-Erweiterung hat das Wirtschaftswachstum in dieser Region beschleunigt, es ist doppelt so hoch wie im Euro-Raum. Dies zieht hohe Importsteigerungen nach sich. Direktinvestitionen sind weniger risikoreich als vor dem EU-Beitritt, Mittel aus den EU-Strukturfonds unterstützen den Aufholprozess, und der Konkurrenzdruck forciert den Produktivitätsfortschritt. Von der Beschleunigung des Wachstums in den neuen EU-Ländern profitiert dank der engen wirtschaftlichen Beziehungen Österreich besonders. Die zu erwartende Abschwächung der Weltkonjunktur in den Jahren 2008 und 2009 wird die Wirtschaftsentwicklung in Ost-Mitteleuropa weniger treffen, da diese von einer kräftigen Inlandsnachfrage mitgetragen ist. Die Kreditrisiken nehmen jedoch in dieser Region vor allem im Immobilienbereich stark zu. Laut *Internationalem Währungsfonds* (2008) sind die Gefahren aufgrund des hohen Verschuldungsgrades in Rumänien und Bulgarien besonders ausgeprägt.

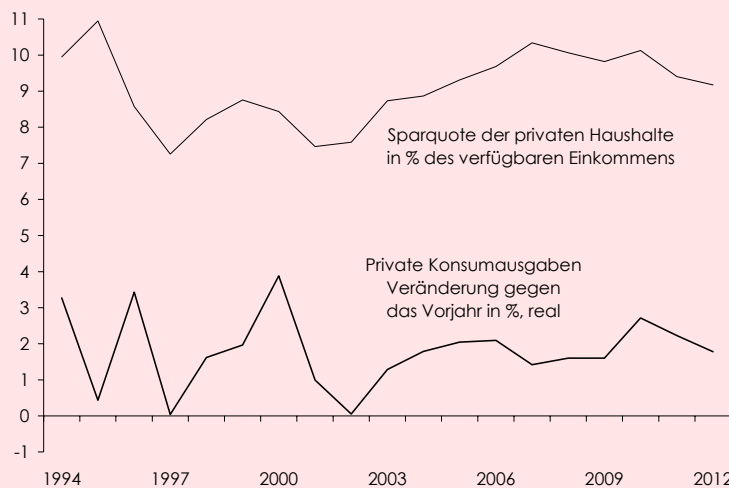
Mittelfristige Wachstumsprognose für Österreich

Die österreichische Wirtschaft wird zunächst von der Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstums betroffen sein, aber am anschließenden Aufschwung aufgrund ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit voll partizipieren. Die realen Exporte werden in den Jahren 2008 bis 2012 voraussichtlich um 5½% pro Jahr steigen. Die Ausweitung der Warenexporte zieht erfahrungsgemäß eine Zunahme der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und immaterielle Wirtschaftsgüter nach sich. Diese Investitionssteigerung wird sich auf die Jahre 2010 bis 2012 konzentrieren und im Durchschnitt des Prognosezeitraums 2¾% pro Jahr betragen.

Da die Investitionstätigkeit über eine Erhöhung der Beschäftigung und der Produktivität auch eine Steigerung der verfügbaren Realeinkommen bewirkt, gibt das dem privaten Konsum Impulse. Darüber hinaus werden die Verbrauchsausgaben durch die Steuerreform stimuliert. Der private Konsum wird von 2008 bis 2012 um 2% pro Jahr ausgeweitet – stärker als in der Periode 2002 bis 2007 (+1,7% p. a.). Das gilt unter der optimistischen Annahme, dass die Sparquote von ihrem derzeit hohen Niveau bis 2012 um fast 1 Prozentpunkt sinkt. Dies setzt eine Festigung des Konsumentenvertrauens in den nächsten Jahren und eine Verringerung des Vorsichtssparens voraus.

Die erwartete Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstums wird die Dynamik des österreichischen Exports in den Jahren 2008 bis 2012 dämpfen. Der Konsum der privaten Haushalte wird jedoch, von der Steuerreform gestärkt, rascher expandieren als in den letzten fünf Jahren. Dank des Ausbauprogramms der Bahn und der erwarteten Erholung des Wohnbaus wird die Bauproduktion nur wenig schwächer steigen als zuletzt. Aufgrund des Wirtschaftswachstums (+2,3% pro Jahr) wird sich auch die Arbeitslosenquote gegenüber 2008 leicht verringern.

Abbildung 1: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Nachfrage nach Wohnungen wird (auch aufgrund der hohen Nettozuwanderung) zunehmen und dem Wohnbau wieder Impulse geben. Für die Bahn ist ein umfangreiches Ausbauprogramm vorgesehen. Im Straßenbau werden jedoch die Zuwächse kleiner. Die gesamten Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum real um etwa 2½% expandieren.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1997/ 2002	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,8
Staat	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,7
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 6,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,1
Bauten	- 1,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,4
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8
Exporte	+ 7,2	+ 6,4	+ 5,6	+ 8,1	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,7	+ 6,2	+ 6,1
Importe	+ 5,1	+ 5,9	+ 5,6	+ 6,6	+ 5,3	+ 5,2	+ 6,0	+ 6,0	+ 5,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte konnte seit dem Jahr 2000 deutlich verringert werden, 2007 lag es bei 0,5% des BIP. Gleichzeitig wurde die Abgabenquote gesenkt. Im internationalen Vergleich ist die Budgetsituation Österreichs relativ günstig. Belastungen für die Zukunft bestehen andererseits etwa in den hohen Schulden von ASFINAG und SCHIG oder in den hohen Gesundheitsausgaben.

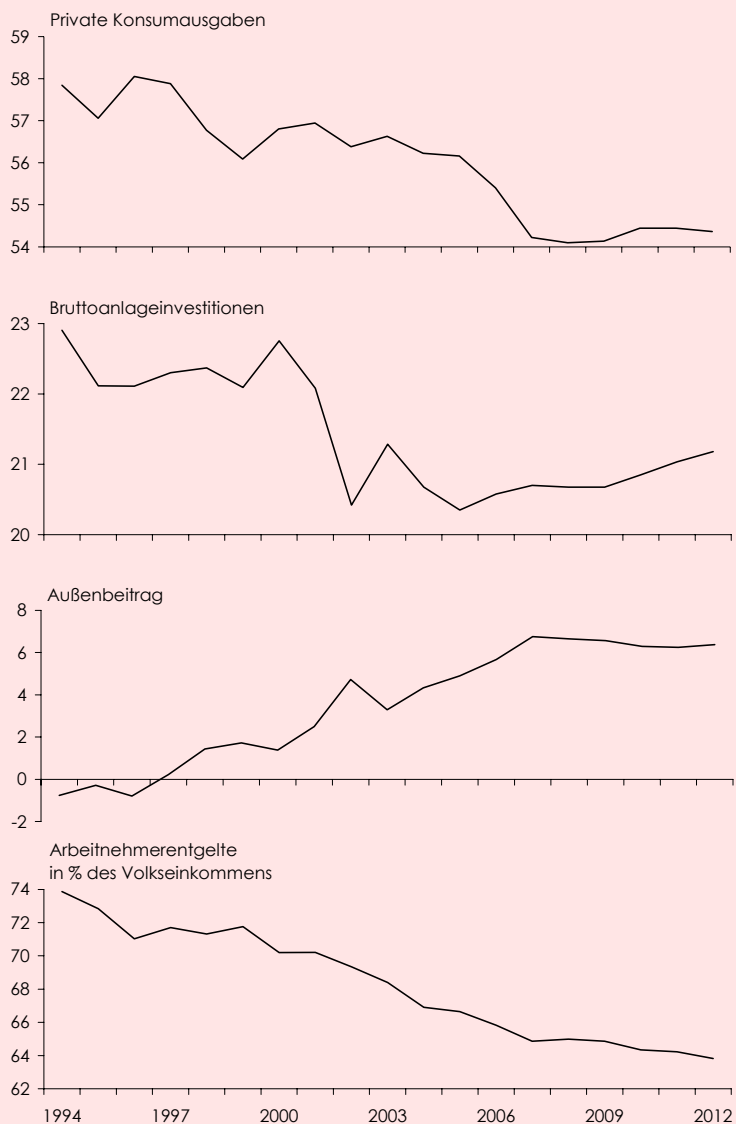
Steuerreform im Jahr 2010

Die für das Jahr 2010 geplante Steuerreform soll eine Entlastung der verfügbaren Einkommen um etwa 3 Mrd. € bringen. Den Spielraum dafür sollen Einsparungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte schaffen, ohne dass das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalts ernstlich gefährdet wird. Nach den heute verfügbaren Informationen dürfte das Defizit im Jahr der Steuerreform auf knapp 1% des BIP steigen. Nach dem Abklingen der Effekte der Steuerreform wird das Budgetdefizit kontinuierlich kleiner werden und bis zum Jahr 2012 auf 0,1% des BIP zurückgehen.

Bis zum Jahr 2010 will die Bundesregierung einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen, um Spielraum für die Steuerreform zu schaffen. Gleichzeitig sollen die zukunftsorientierten Ausgaben erhöht werden. Der relativ hohe Lebensstandard wird sich in Österreich im internationalen Strukturwettbewerb nur halten bzw. ausbauen lassen, wenn mehr in die Zukunftsbereiche – Forschung und Entwicklung, Bildung, Infrastruktur, Informations- und Kommunikationstechnologien – investiert wird. Hier wird eine wichtige Basis für die künftige wirtschaftliche Performance gelegt (Aiginger – Tichy – Walterskirchen, 2006).

Abbildung 2: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Im Programm der österreichischen Bundesregierung (2007) ist eine Lohn- und Einkommensteuerreform gegen Ende der Legislaturperiode angekündigt, im österreichischen Stabilitätsprogramm (*Bundesministerium für Finanzen, 2007*) wird der Zeitpunkt der Steuerreform mit dem Jahr 2010 angegeben. Einige Maßnahmen werden wegen der aktuell hohen Inflationsrate vorgezogen: Der Arbeitnehmerbeitrag zur Arbeitslosenversicherung wird für Bruttomonatseinkommen bis 1.000 € Mitte 2008 ge-

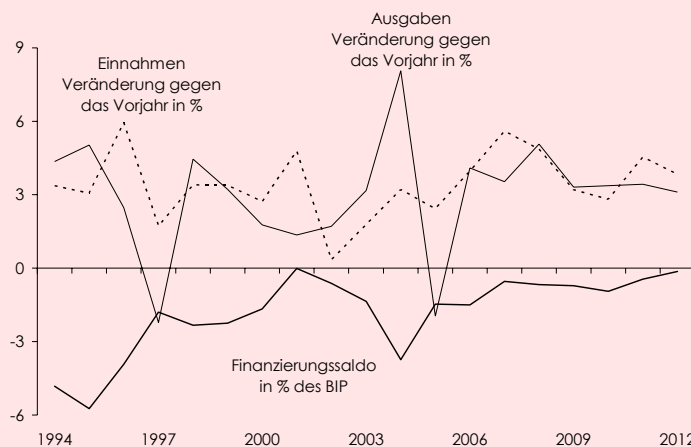
strichen, für Einkommen bis 1.350 € verringert. Die Pensionserhöhung wird zwei Monate früher als ursprünglich vorgesehen erfolgen¹⁾).

Die politischen Wünsche bezüglich der Steuerreform gehen sehr weit: Sie soll eine Entlastung für untere und mittlere Einkommen, insbesondere für Familien, bringen. Weiters soll der Höchststeuersatz verringert werden oder erst bei deutlich höherem Einkommen angewandt werden. Darüber hinaus sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich zu stärken. In der vorliegenden Prognose wurde mangels konkreter Details zur geplanten Reform eine Steuerentlastung der verfügbaren Einkommen um 3 Mrd. € unterstellt.

Laut WIFO-Prognose dürfte das Defizit der öffentlichen Haushalte im Jahr der Steuerreform auf knapp 1% des BIP steigen und bis 2012 auf 0,1% des BIP zurückgehen, sodass der Staatshaushalt annähernd ausgeglichen sein wird.

Die künftige Entwicklung der Staatsausgaben kann nur sehr grob skizziert werden, da für die nächsten Jahre noch keine Voranschläge vorliegen und auch die Details der Steuerreform noch nicht bekannt sind. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass die Verwaltungsreform II zügig umgesetzt wird, die Ausgaben mäßig steigen und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor forciert werden. Die Erreichung der Budgetziele wird dadurch erschwert, dass in den letzten zehn Jahren Defizite aus den öffentlichen Haushalten ausgelagert wurden. Langfristig haben diese Verlagerungen (z. B. Leasing-Finanzierung, ASFINAG- und SCHIG-Schulden) Belastungen zur Folge. Mit einer Zunahme der Ausgaben ist vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu rechnen. Die Defizite der Krankenkassen werden durch Einsparungen allein kaum abzudecken sein.

Abbildung 3: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Kreditaufnahmen von ASFINAG und ÖBB zur Finanzierung der hohen Investitionen in den Straßen- und Schienenverkehr waren ein wichtiges Instrument, um die Wachstumsschwäche in Österreich in den letzten Jahren in Grenzen zu halten. Die Investitionen in den Straßenbau hatten zwar keine unmittelbare Budgetbelastung zur Folge, werden aber in den kommenden Jahren durch eine Anhebung der Gebühren (Mauten) abgedeckt werden müssen. Die Investitionen in den Schienenverkehr zeigen nun doch auch eine Auswirkung auf die öffentlichen Haushalte: Die Erlassung der ÖBB-Schulden im Jahr 2004 wurde von Eurostat als defizitwirksam eingestuft, das Defizit der öffentlichen Haushalte wurde für das Jahr 2004 von 1,2% auf 3,7% des BIP deutlich nach oben korrigiert.

¹⁾ Für das Jahr 2008 sind für diese Maßnahmen jeweils etwa 150 Mio. € veranschlagt. Die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge dürfte 2009 den öffentlichen Haushalt mit etwa 300 Mio. € belasten. Für die Jahre ab 2010 ist dieser Betrag im Reformvolumen von 3 Mrd. € enthalten.

Übersicht 4: Staat

	Ø 1997/ 2002	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,8	+ 5,6	+ 4,9	+ 3,2	+ 2,8	+ 4,5	+ 3,8
Laufende Ausgaben	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,5	+ 5,1	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,1
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,8	+ 4,8	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 3,9
	Ø 1998/ 2002	Ø 2003/ 2007	Ø 2008/ 2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,4	- 1,7	- 0,6	- 0,5	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,4	- 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Entwicklung der Einnahmen wird in erster Linie durch die Dynamik des nominalen BIP (bzw. dessen Komponenten) bestimmt. Aufgrund der Entwicklung des nominalen privaten Konsums, der Lohn- und Gehaltssumme usw. sind entsprechende Mehrwertsteuer- und Lohnsteuereinnahmen zu erwarten. Unter der Annahme einer Steuersenkung im Ausmaß von 1% des BIP wird die Staatseinnahmenquote von 47,5% im Jahr 2007 auf 46,5% im Jahr 2012 zurückgehen.

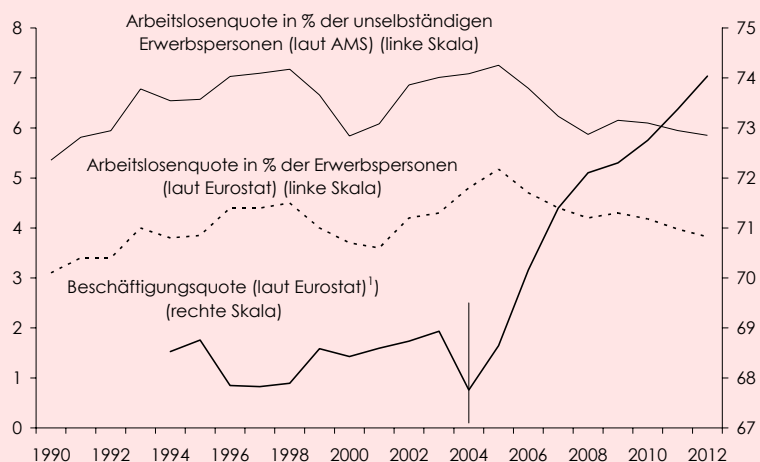
Beschäftigung steigt kräftig, Arbeitslosenquote geht leicht zurück

In den letzten zehn Jahren war die Arbeitslosigkeit ein zentrales wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Problem. Die Arbeitslosenquote (laut AMS) war im Durchschnitt 2003/2007 mit 6,9% für Österreich ungewöhnlich hoch. Im Konjunkturaufschwung der letzten Jahre konnte sie auf 6,2% im Jahr 2007 gesenkt werden. Mit der Beschleunigung des Wachstums aufgrund der Abgabentlastung der privaten Haushalte wird die Arbeitslosenquote bis 2012 auf 5,9% zurückgehen.

Die Zahl der aktiv Beschäftigten nahm zwischen 2002 und 2007 kräftig zu (+1,1% pro Jahr). In den letzten fünf Jahren wurde Österreich innerhalb der EU von einem "Nachzügler" in Bezug auf Teilzeitbeschäftigung zu einem Land mit überdurchschnittlicher Teilzeitquote. Noch stärker als die Teilzeitbeschäftigung stieg wegen der niedrigeren Abgabenbelastung die Zahl der geringfügig Beschäftigten. Im Konjunkturaufschwung der letzten Jahre wurde auch die Vollzeitbeschäftigung deutlich ausgeweitet.

Für die nächsten fünf Jahre zeichnet die Arbeitsmarktprognose ein günstiges Bild bezüglich der Beschäftigung. Der erwartete durchschnittliche reale BIP-Zuwachs von 2,3% pro Jahr wird eine Ausweitung der aktiven Beschäftigung um gut 38.000 Personen bzw. 1,1% pro Jahr bewirken. Die Lissabon-Ziele werden 2010 bezüglich der Beschäftigungsquote insgesamt (70%) und für Frauen (60%) erreicht, für Ältere (50%) jedoch weit verfehlt werden, obwohl durch die zunehmende Knappheit an Fachkräften das effektive Pensionsantrittsalter steigen dürfte.

Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre); ab 2004 geänderte Erhebungsmethode.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes schreitet voran: Nach der Einigung der Sozialpartner wurde die tägliche Normal- und Höchstarbeitszeit um zwei Stunden angehoben. Gleichzeitig müssen die Unternehmen die Beschäftigten nicht innerhalb von drei Tagen, sondern schon vor Arbeitsantritt bei der Sozialversicherung anmelden. Diese erfolgreiche Maßnahme hatte Anfang 2008 einen sprunghaften Anstieg der Anmeldungen zur Folge.

Die Wachstumsdynamik sollte ausreichen, um die Arbeitslosenquote in den nächsten Jahren weiter leicht zu verringern, obwohl das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften deutlich steigt. Nach der vorliegenden Prognose wird die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2012 auf 219.500 zurückgehen. Für den Durchschnitt der Periode 2008 bis 2012 wird mit einer Arbeitslosenquote von 6,0% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,1% der Erwerbspersonen laut Eurostat gerechnet. Das Ziel einer Arbeitslosenquote von 4% (laut Eurostat) dürfte nicht, wie von der Regierung formuliert, im Jahr 2010, sondern erst gegen Ende des Prognosezeitraums (2011/12) erfüllt werden.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1997/ 2002 ¹⁾	Ø 2002/ 2007 ¹⁾	Ø 2007/ 2012 ¹⁾	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Jährliche Veränderung in %								
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0
Arbeitslose	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 7,1	- 4,5	+ 5,7	+ 0,1	- 1,5	- 0,7
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,0	4,7	4,1	4,4	4,2	4,3	4,2	4,0	3,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,5	6,9	6,0	6,2	5,9	6,2	6,1	5,9	5,9
Produktivität ⁵⁾	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3
Lohn- und Gehaltssumme ⁶⁾	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,9	+ 5,2	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,4
Pro Kopf ⁷⁾	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,3
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Arbeitslosenquote: Ø 1998/2002, Ø 2003/2007 bzw. Ø 2008/2012. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁵⁾ BIP real pro Kopf der Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁶⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁷⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Die Arbeitslosigkeit erweist sich vor allem deshalb als hartnäckig, weil das Arbeitskräfteangebot infolge der Zuwanderung, der Anhebung des Frühpensionsalters und des Anstiegs der Erwerbsquote von Frauen kräftig zunimmt. Die hohe Nettozuwanderung durch Familienzusammenführung, Asylwerbende und ausländische Arbeitskräfte wird in den nächsten Jahren anhalten.

Weitere durch die EU-Erweiterung 2004 bedingte Reaktionen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt werden nach dem Ende der Übergangsfristen eintreten, wenn für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern die volle Freizügigkeit gilt. Bisher war der Zustrom offizieller Arbeitskräfte aus dieser Region relativ gering. Im Jahr 2009 wird der Zustrom von Fachkräften aus den Beitrittsländern liberalisiert werden, im Jahr 2011 werden die Übergangsfristen fallen (außer für Rumänien und Bulgarien). Die Zuwanderung könnte dann auch höher ausfallen als in der Prognose unterstellt.

In den letzten fünf Jahren war die Inflationsrate mit durchschnittlich 1,9% im längerfristigen Vergleich sehr niedrig; sie schwankte in erster Linie mit den Rohöl- und Energiepreisen. Die Entwicklung der Nahrungsmittel- und Energiepreise deutet darauf hin, dass der Preisauftrieb in den nächsten Jahren höher ausfallen wird. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 ist mit einer Inflationsrate von 2,3% zu rechnen.

Die wichtigsten Determinanten der künftigen Preisentwicklung sind

- Importpreise, insbesondere Energie- und Rohstoffpreise,
- Lohnstückkosten,

Stärkerer Preisauftrieb

- indirekte Steuern sowie Gebühren,
- Wettbewerbspolitik.

In einer offenen Volkswirtschaft mit intensiver Außenhandelsverflechtung spielen die Importpreise eine wesentliche Rolle für den Preisauftrieb. In der Prognose wird unterstellt, dass der Rohölpreis von 95 \$ (2008) auf 104 \$ je Barrel (2012) steigen wird (siehe *Schulmeister, 2008*). Der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise dürfte sich in den nächsten Jahren (gemessen am aktuell hohen Niveau) beruhigen, wird aber stärker sein als in den letzten fünf Jahren. Die Verwendung landwirtschaftlicher Rohstoffe für die Treibstoffproduktion und das Wachstum der Lebensmittelnachfrage in bevölkerungsreichen Schwellenländern (vor allem China und Indien) sowie jenes der Weltbevölkerung werden die Nahrungsmittelpreise längerfristig anheben und damit besondere Probleme in den ärmsten Ländern schaffen. Da die Weltmarktpreise von Rohöl und Nahrungsmitteln sehr volatil sind, sind mittelfristige Inflationsprognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Einerseits treibt die hohe Nachfrage der Schwellenländer mit starkem Wirtschaftswachstum die Preise von Energie und anderen Rohstoffen sowie verarbeiteten Nahrungsmitteln in die Höhe, andererseits drücken die Importe von billigen Industriewaren und Vorleistungen aus diesen Ländern die Inflation in den Industrieländern.

Übersicht 6: Deflatoren

	Ø 1997/ 2002	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Jährliche Veränderung in %								
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0
Exporte	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Importe	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die mittelfristige Prognose lässt eine Zunahme der Inflationsrisiken erkennen. Die Löhne haben bereits auf die Beschleunigung des Preisauftriebs reagiert; im Prognosezeitraum 2008 bis 2012 ist mit einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Lohnsteigerung um knapp 3% pro Jahr zu rechnen (nach +2,3% in den letzten fünf Jahren). Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten – die wichtigste Determinante des inländischen Kostendrucks – werden 2008/2012 mit +1,5% rascher steigen als in den letzten fünf Jahren.

Die Reallöhne pro Kopf nehmen allerdings weiterhin langsamer zu als die Arbeitsproduktivität, der Abstand wird jedoch kleiner. Damit setzt sich der seit Anfang der achtziger Jahre anhaltende rückläufige Trend der Lohnquote abgeschwächt fort. Der Rückgang der realen Lohnstückkosten (–0,8% p. a.) wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen weiter verbessern. In der Prognose wird die technische Annahme getroffen, dass der Euro-Dollar-Kurs auf dem Niveau des Jahres 2008 verharrt.

Ein Einfrieren bzw. eine nur unterdurchschnittliche Anhebung der öffentlich beeinflussten Preise und Gebühren könnte einen (kleinen) Beitrag zur Beruhigung der Teuerung leisten. Den Hauptanteil hätten dabei jedoch in Form (deutlicher) Einnahmenausfälle die Länder und vor allem die Gemeinden zu tragen. Es würde dadurch für sie schwieriger, die Ziele des innerösterreichischen Stabilitätspaktes zu erfüllen, wie sie im Rahmen des Finanzausgleichs 2008 bis 2013 vereinbart wurden. Mittelfristig ist eine Anhebung von Gebühren im Verkehrsbereich zur Bedeckung der ASFINAG-Schulden wahrscheinlich. Eine aktivere Rolle in der Bekämpfung Österreich-spezifischer Preissteigerungen könnte der Wettbewerbspolitik zufallen (*Böheim, 2007*).

Literaturhinweise

Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E. (Projektleitung und Koordination), WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Zusammenfassung, WIFO, Wien, 2006, <http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=27639>.

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB, (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Böheim, M., "WIFO-Weißbuch: Wettbewerb und Regulierung", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(3), S. 219-232, <http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=28543>.
- Breuss, F., "Östöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung. Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich", WIFO Working Papers, 2006, (270), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=26294&typeid=8&display_mode=2.
- Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm, Wien, 2007.
- FIW (Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft"), Österreichs Außenwirtschaft 2007, Wien, 2007, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31060&typeid=8&display_mode=2.
- Guger, A., Leoni, Th., "Internationale Lohnstückkostenposition 2006 verbessert", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 815-824, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30284&typeid=8&display_mode=2.
- Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, April 2008.
- Marterbauer, M., "Internationale Finanzkrise bremst Wirtschaftswachstum. Prognose für 2008 und 2009", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(4), S. 221-235, <http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=31960>.
- Schulmeister, St., "Belebung des Wirtschaftswachstums nach Schwächephase. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2012", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(5), S. 353-364, <http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=32361>.

Tax Cuts and Easing Inflation Strengthening Support to Growth from Private Consumption

Medium-term Projections for the Austrian Economy from 2008 to 2012 – Summary

With a projected annual rate of 2.3 percent the Austrian economy will grow less than expected so far. Real GDP growth will lag slightly behind the mark of 2.4 percent observed between 2002 and 2007.

The present downturn of the US business cycle will continue to weigh on activity in the euro area in the second half of 2008 and throughout 2009. This downward trend will be partially offset by growth opportunities in the new EU countries, where Austrian exporters have acquired a strong market position. We expect a recovery for the euro area starting from 2010, from which Austrian exporting firms should be able to take full advantage given their high degree of competitiveness.

According to current political intentions, a tax reform will take effect in 2010. Underlying the present medium-term forecast is the assumption of a € 3 billion tax cut. The resulting increase in household disposable income will boost real GDP growth by ½ percentage point in 2010.

Business investment will likely remain subdued in the near term. Corporate spending is likely to increase once the increased demand for exports and the increase in private consumption raises capacity utilisation rates. Capital formation is expected to increase by 2 to 3 percent per year.

Private consumption will pick up under the impact of the planned tax reform. The household saving ratio, which has risen markedly in the last few years due to uncertainty on the job market and the consequences of the pension reform, will edge up further in 2010 as a result of the tax reform. The expectation of a significant decline in the saving ratio after 2010 implies a stabilisation of consumer confidence.

Dynamic growth will allow employment to expand at 1 percent per year, which is comparable to the pace of the last five years. The unrestricted access of qualified labour from the new EU countries from 2009 together with the termination of the transition period for labour mobility in 2011 will reinforce the inflow of commuters and migrants. Also the domestic component of labour supply will increase. However, the unemployment rate will moderate as from 2010 thanks to the growth impulse from the tax reform, to a projected 5.9 percent of the dependent labour force in 2012.

Strong price hikes for food and energy in 2008 will be reflected in higher headline inflation and rising wage pressure. For the period from 2008 to 2012, nominal per-capita earnings are expected to rise by almost 3 percent p.a., after +2.3 percent over the last five-year period. Oil prices are assumed to follow an only moderate upward trend from 95 \$ per barrel in 2008 to 104 \$ in 2012. Under these assumptions, overall inflation should gradually ease over the years to come, averaging 2¼ percent over the entire forecast period.

The tax reform envisaged for 2010 will widen the general government deficit to nearly 1 percent of GDP. The degree of self-financing of the tax cuts (through higher tax revenues as a result of the induced stronger economic growth) is approximately one-third by the end of the forecast period. Once the effect of the tax reform has faded, the budget deficit should steadily decline.